

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

4. März 2013

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 25.02.13 starben in den südlichen Provinzen Helmand und Uruzgan mindestens vier Zivilisten durch Sprengfallen auf Straßen. Am 26.02.13 kamen bei einem Angriff der Taliban auf einen Kontrollposten im Distrikt Andar der Provinz Ghazni (Ostafghanistan) zehn Polizisten und sieben Zivilisten ums Leben. Am 27.02.13 wurden bei einem Selbstmordattentat auf ein Militärfahrzeug in Kabul sechs Soldaten und ein Zivilist verletzt. Am 28.02.13 erschossen australische ISAF-Soldaten versehentlich zwei Jungen in der zentralafghanischen Provinz Uruzgan. Am selben Tag starben mindestens zehn Menschen, darunter acht Polizisten, bei der Explosion eines an der Straße versteckten Sprengsatzes. Der Anschlag ereignete sich im Distrikt Dangam der nordöstlichen Provinz Kunar.

Der Vorsitzende des Obersten Ulema-Rates von Pakistan (ein Rat der Geistlichen) erklärte am 02.03.13, dass die Verübung von Anschlägen in Afghanistan, Palästina und Kashmir eine „gottgefällige Sache“ sei. Solange Afghanistan von den Amerikanern besetzt sei, müssten die „Muslime ihre Leben opfern“. Es ist zu befürchten, dass diese Erklärung dazu beitragen wird, gewalttätige Aktionen zu fördern.

ISAF korrigiert Angaben zu sicherheitsrelevanten Vorfällen

Nachdem die ISAF zunächst erklärt hatte, dass die Zahl der Angriffe Aufständischer 2012 im Vergleich zum Vorjahr um sieben Prozent gesunken sei, teilte sie nun mit, dass die Zahl der Angriffe doch nicht zurückgegangen, sondern in etwa auf dem gleichen Niveau geblieben sei.

Pakistan

Sindh: Über 50 Tote in Karachi/Anschlag auf Heiligengrab

Am 03.03.13 gab es bei mehreren Überfällen zwölf Tote in Karachi. Die Polizei stufte die Vorfälle als sektiererisch ein. Am Abend desselben Tages explodierten Sprengsätze in Abbas Town nahe einer schiitischen Moschee. Bisher starben 45 Menschen; man geht von 135 Verletzten aus. Die Wucht der Explosion zerstörte zehn Ladengeschäfte und über 40 Wohnungen.

Am 25.02.13 explodierte eine Bombe in der Dargah Hajan Shah Mauri, einer Begräbnisstätte, die nach einem Sufiheiligen benannt ist. Dies ereignete sich im Dorf Marri nahe der Stadt Shikarpur. Es kamen drei Menschen ums Leben, bis zu 27 Personen wurden verletzt. In mehreren Städten des Sindh kam es daraufhin zu Protesten und Demonstrationen.

Provinz Belutschistan: Mehrere Tote

Am 03.03.13 wurde ein Fahrzeug von Bewaffneten in Tump (Distrikt Turbat) angegriffen. Die vier Insassen wurden erschossen, danach wurde das Fahrzeug angezündet. Hintergrund sollen Stammesauseinandersetzungen gewesen sein.

Am 01.03.13 erschossen Unbekannte in Kalat den Journalisten Mehmood Afridi, der Lehrer an einer staatlichen Schule und Vorsitzender des dortigen Presseklubs war.

Am 24.02.13 erschossen Unbekannte von einem Motorrad aus sechs Straßenbauarbeiter im Gebiet Shadi Kaur (Gwadar-Distrikt, Provinz Belutschistan).

Irak

Sicherheitslage

Am 28.02.13 wurden bei Anschlägen mindestens 26 Menschen getötet. Dabei starben allein in Bagdad 23 Personen, in Kirkuk drei. Am 01.03.13 kamen bei der Explosion von zwei Autobomben in der Stadt Diwaniya (Provinz Qadissiya, etwa 150 Kilometer südlich von Bagdad) mindestens neun Menschen ums Leben, 80 wurden verletzt. Am 02.03.13 wurden mindestens acht Menschen getötet, weitere neun wurden verletzt. Am 03.03.13 starben bei Anschlägen mindestens zehn Menschen und mehr als 20 wurden verletzt. Betroffen von Anschlägen waren insbesondere Bagdad, Kerbala (Provinz Kerbala) und Tal Afar (Provinz Ninive). Die Anschläge richteten sich häufig gegen Sicherheitskräfte und die schiitische Bevölkerung.

Der Nachrichtenagentur Reuters zufolge wurden nach Angaben des irakischen Gesundheitsministeriums im Februar 136 Iraker getötet, davon 88 Zivilisten. 228 Menschen seien verletzt worden. Im Januar lag die Zahl der Todesopfer bei 177. Nach der Zählung von Iraq Body Count wurden im Februar 2013 (Stand: 27.02.13) 316 Zivilisten getötet. Im Januar waren es 341.

Erneute Proteste

Am 01.03.13 fanden erneut Protestaktionen in Mosul, Kirkuk, Baquba sowie in den Provinzen Anbar und Salahaddin statt, an denen zahlreiche Geistliche und Stammesführer teilnahmen.

Finanzminister zurückgetreten

Der sunnitische Finanzminister Rafai al-Essawi hat am 01.03.13 bei einer Protestkundgebung gegen die Regierung seinen Rücktritt erklärt. Er tue dies, da der schiitische Ministerpräsident Nouri al-Maliki die Forderungen der Demonstranten nicht erfüllt habe.

Seit Dezember 2012 demonstrieren die Sunniten u.a. für die Freilassung von Gefangenen, die ohne Urteil seit Jahren inhaftiert sind.

Syrien

Gewalt geht weiter

Rebellen sollen am 03.03.13 nach circa achttägigen Gefechten mit syrischen Soldaten eine Polizeischule in Chan (Khan) al-Assal in der Provinz Aleppo fast vollständig in ihre Gewalt gebracht haben. Bei den Kämpfen wurden nach Meldungen fast 200 Menschen getötet. Am 03.03.13 stürmten Oppositionelle nach unbestätigten Angaben das Zentralgefängnis von Raqqa (Rakka) und ließen Gefangene frei. Die syrische Armee meldete am 02.03.13 als Erfolg, dass sie eine Straße von der nördlichen Provinz Hama zum Flughafen von Aleppo unter Kontrolle gebracht habe.

Die Rebellen sollen mittlerweile alle Grenzübergänge zur Türkei kontrollieren. Der Grenzübergang Jarubija zum Irak soll am 01.03.13 unter Beteiligung der Freien Syrischen Armee und der islamistischen al-Nusra-Front (Jabhat al-Nusra) erobert worden sein. Die irakische Armee soll diesen am 02.03.13 von einem Hubschrauber aus angegriffen haben.

„Freunde Syriens“ sagen Regimegegnern Hilfe zu / EU schickt möglicherweise Militärausbilder

Nach einem Treffen der „Freunde Syriens“ am 28.02.13 in Rom wurde der Syrischen Nationalen Koalition als einziger legitimer Vertretung des syrischen Volkes mehr Hilfe zugesagt. Der amerikanische Außenminister John Kerry kündigte u.a. rund 46 Millionen Euro an, um die Situation der Menschen in den von den Rebellen kontrollierten Gebieten zu verbessern. Außerdem forderte Kerry eine politische Lösung des Konflikts und rief die Opposition zur Bildung einer Übergangsregierung auf. Der Sprecher der Syrischen Nationalen Koalition bestätigte, dass die ursprünglich für letztes Wochenende in Istanbul vorgesehene Wahl eines Ministerpräsidenten für eine Übergangsregierung für die von Rebellen kontrollierten Gebiete vertagt worden sei. Die EU verabschiedete am 28.02.13 in Brüssel die Lockerung des eine Woche vorher vereinbarten Waffenembargos. Künftig soll die Lieferung von „nichttödlicher Ausrüstung und technischer Unterstützung zum Schutz von Zivilisten“ möglich sein. Die EU soll sich intern darauf verständigt haben, den Rebellen nicht nur technische Unterstützung anzubieten, sondern auch Hilfe durch Militärausbilder. Der französische Staatspräsident reiste am 27.02.13 nach Russland und machte neue Vorschläge zur Lösung des Konflikts.

Assad zu Gesprächen mit Opposition bereit / UN bietet Vermittlung an

Syriens Präsident Bashar al-Assad ist weiterhin nicht zu einem Rücktritt bereit, signalisierte jedoch seine Bereitschaft zu Verhandlungen mit der Opposition, wenn sie zuvor ihre Waffen niedergelegt habe. Mit Terroristen werde er nicht verhandeln, sagte er in einem Interview mit der britischen Zeitung „Sunday Times“. Am 03.03.13 bot UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon – nach einem Treffen mit dem Syrien-Sondergesandten von UN und Arabischer Liga, Lakhdar Brahimi am 02.03.13 – die Vermittlung von Gesprächen der Opposition mit dem Assad-Regime durch die UN an.

Libyen

Gebäude des Allgemeinen Nationalkongresses und Premierministerbüro besetzt

Seit dem 03.02.13 halten Veteranen den Sitzungssaal des Allgemeinen Nationalkongresses in Tripolis besetzt. Ein Großteil der Besetzer ist inzwischen abgezogen, aber eine kleine Gruppe harrt aus. Es handelt sich um ehemalige Milizionäre und deren Unterstützer. Die Besetzer, darunter während der Revolution Verwundete, fordern u.a. die Übernahme ihrer im Ausland angefallenen Behandlungskosten durch die Regierung. Vergangene Woche hatte der Nationalkongress bereits eine Reihe von Unterstützungsleistungen für die kriegsversehrten Veteranen gesetzlich verankert, so dass nach Ansicht von Kongressmitgliedern sich die Fortsetzung der Aktion erübrigt. Am 03.03.13 versuchten Sicherheitskräfte morgens vergeblich, die Besetzer aus dem Gebäude zu entfernen. Drei der Sicherheitskräfte wurden durch Schüsse verwundet.

Am 03.03.13 wurde das Büro des Premierministers von Hinterbliebenen gefallener Revolutionäre, überwiegend Frauen, besetzt. Diese fordern Wohnungen und sonstige Unterstützung seitens der Regierung. Die Aktion steht laut den Hinterbliebenen nicht im Zusammenhang mit der Besetzung des Nationalkongresses, man sei aber von ihr inspiriert worden.

Angriff auf christliche Geistliche in Bengasi / Festnahme von Christen

Das libysche Außenministerium verurteilte einen Angriff am 28.02.13 auf einen koptischen Priester und dessen Assistenten in einer Kirche in Bengasi. Die Täter sind unbekannt. Die Regierung appellierte an die Öffentlichkeit, die Religionsfreiheit zu respektieren.

Zuvor waren in Bengasi rund 100 koptische Christen festgenommen worden. Der Verdacht lautet auf Missionierung. Sie führten mehr Bibeln mit, als für den persönlichen Bedarf benötigt. Laut Polizei seien die Festgenommenen ohne Ausweispapiere angetroffen worden, und es sei unklar, wie sie eingereist seien. Teilweise wurden Vorwürfe laut, dass die Sicherheitskräfte den Festgenommenen zwangsweise Bärte und Haare abrasierten sowie auf Handgelenke tätowierte Kreuze mit Säure entfernen wollten. Fotos, die der Presse vorliegen, scheinen nur eine Zwangsrasur von Bärten und Kopfbehaarung zu belegen.

Armee greift in Stammeskämpfe ein

Am 01.03.13 brachen Kämpfe zwischen den Stämmen Mashashia und Qantrar in Mizdah aus (ca. 160 km südlich von Tripolis). Es wurden schwere Waffen eingesetzt und es gab mehrere Tote und Verwundete. Die Armee hat Einheiten entsandt, um die Kämpfenden zu trennen und zwischen ihnen zu vermitteln, bislang ohne Erfolg. Im August 2012 kamen bei Kämpfen beider Stämme sechs Menschen ums Leben. Im selben Jahr kam es auch zu Kämpfen zwischen Angehörigen des Stammes Mashashia und Milizen aus Zintan.

Krise in Tripolis schnell beigelegt

Nach einer Meldung vom 02.03.13 wurden ein als Unternehmer tätiger Arzt und Pharmazeut namens Hassan Triki von der sog. „Support Unit 2“ festgenommen und zu Tode gefoltert. Danach stürmten Verwandte und Freunde des Verstorbenen den Stützpunkt der Miliz, ergriffen die Täter und übergaben sie der Militärpolizei. Zuvor gab es Kämpfe in den Distrikten Suq al-Juma und Ain Zara von Tripolis. Der stellvertretende Verteidigungsminister löste die Einheit auf und versetzte deren Mitglieder in andere Einheiten. Er kündigte an, dass die Verantwortlichen für den Tod Trikis zur Verantwortung gezogen werden. Die Lage blieb danach ruhig.

Tunesien

Festnahmen im Mordfall Belaid

Vergangene Woche kam es zur Festnahme von vier Verdächtigen im Zusammenhang mit der Ermordung des tunesischen Oppositionspolitikers Chokri Belaid am 06.02.13. Bei den Männern soll es sich um Mitglieder der radikalislamischen Salafisten-Bewegung handeln. Der mutmaßliche Mörder sei nach Regierungsangaben identifiziert, befinde sich jedoch weiterhin auf der Flucht. Einer der Festgenommenen soll nach Presseangaben zugegeben haben, den Mörder während seiner Tat begleitet zu haben. Er habe sich auf eine Fatwa, ein islamisches Rechtsgutachten, zur Tötung Belaid's berufen.

Ägypten

Schwere Ausschreitungen in Port Said

Schwere Auseinandersetzungen in Port Said forderten am 03.03.13 mindestens vier Menschenleben. Unterschiedlichen Angaben zufolge wurden zwischen 250 und 320 Menschen verletzt. Die Polizei war mit Tränengas und Schrotschüssen gegen etwa 5.000 Demonstranten vorgegangen, die gegen die Verlegung von 39 Häftlingen von Port Said nach Beheira protestierten. Die Gefangenen sollen im Zusammenhang mit Ausschreitungen anlässlich eines Fußballspiels in Port Said im vergangenen Jahr, bei denen 74 Menschen starben, vor Gericht gestellt werden (vgl. BN vom 28.01.13). Nach Port Said verlegte Armeeeinheiten stellten sich zwischen Demonstranten und Polizei.

Krawalle in Kairo

Bei Versuchen der Polizei, den Tahrir-Platz zu räumen, den Gegner von Präsident Mursi seit Wochen besetzt halten, kam es am 03.03.13 zu Zusammenstößen mit Demonstranten. Die Auseinandersetzungen überschatteten einen Besuch von US-Außenminister John Kerry bei Präsident Mursi.

Mali

Islamistenführer getötet

Mokhtar Belmokhtar sei am 02.03.13 bei einem Angriff auf ein Islamistenlager im Ifoghas-Gebirge getötet worden, teilte der Generalstab der tschadischen Armee mit. Belmokhtar war bis Ende letzten Jahres ein Anführer des Terrornetzwerkes Al-Qaida im Islamischen Maghreb (Aqmi) und gründete seine eigene Organisation Al-Mulathamini („Die mit Blut unterzeichnen“). Er soll auch der Kopf des Anschlages auf ein Gasprojekt in Ostalgerien gewesen sein, bei dem Mitte Januar mehr als 40 ausländische Geiseln starben.

Erst am 01.03.13 hatte der Tschad den Tod des aus Algerien stammenden Islamistenführers Abdelhamid Abou Zeid gemeldet. Abou Zeid sei am 22.02.13 ebenfalls im Ifoghas-Gebirge von tschadischen Soldaten getötet worden, sagte Präsident Idriss Deby Itno. Laut der mauretanischen Nachrichtenagentur Sahara Medias wurde Abou Zeid dagegen bei einem französischen Luftangriff getötet. Abou Zeid galt als einer der meistgesuchten Männer Afrikas.

Armeeeinsatz auf Insel im Niger-Fluss

Im Norden Malis hat das Militär rund 50 Menschen festgenommen, die sich auf einer als Islamisten-Versteck bekannten Insel im Niger-Fluss aufhielten. Die Insel gehört zu Kadji, das knapp zehn Kilometer von Gao entfernt ist.

Armee zieht mehrere Soldaten aus Kampfgebiet im Norden ab

Nach Berichten über Gewalttaten malischer Soldaten sind mehrere Armeeangehörige aus dem Kampfgebiet im Norden abgezogen worden. Einige Soldaten hätten „in bestimmten Situationen kein Taktgefühl bewiesen“, der Generalstabschef habe deshalb die nötigen Maßnahmen ergriffen, sagte ein Sprecher der malischen Armee am 25.02.13 im staatlichen Fernsehen. Die abgezogenen Soldaten würden den Justizbehörden übergeben.

Somalia

Urteil gegen mutmaßliches Vergewaltigungsopfer aufgehoben

Ein Berufungsgericht hob am 03.03.13 aus Mangel an Beweisen das Urteil gegen eine 27 Jahre alte Frau auf, die Angehörige der somalischen Sicherheitskräfte beschuldigt hatte, sie vergewaltigt zu haben. Die Frau war am 05.02.13 wegen Beleidigung der staatlichen Institutionen und falscher Beschuldigung zu einem Jahr Haft verurteilt worden (vgl. BN vom 11.02.13). Die Strafe für einen Journalisten, der die Frau interviewt hatte und der ebenfalls u. a. wegen Beleidigung der staatlichen Institutionen zu einem Jahr Haft verurteilt worden war, reduzierte das Gericht um die Hälfte.

Anschläge in Mogadischu

Nach Augenzeugenberichten sollen am 01.03.13 in Mogadischu mindestens zwei Menschen ums Leben gekommen sein, als ein mit Sprengstoff präpariertes Fahrzeug vor einem Restaurant explodierte und sich anschließend in der herbeieilenden Menge ein Selbstmordattentäter in die Luft sprengte.

Deutsche Botschafterin für Somalia

Somalia akkreditierte am 26.02.13 Margit Hellwig-Boette, Deutschlands Botschafterin in Kenia, als Botschafterin in Somalia. Zusammen mit ihr übergaben die Botschafter von Belgien, Frankreich, Spanien und Finnland Präsident Hassan Sheikh Mohamud ihre Akkreditierungsunterlagen. Alle genannten Botschafter amtieren ebenso wie die Vertreter Großbritanniens und Italiens von Nairobi aus. Botschaften in Mogadischu unterhalten nur wenige Staaten, darunter die Türkei, Iran, Jemen und Äthiopien.

Sudan

Vollstreckung einer Scharia-Strafe

Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW), die sich auf zuverlässige Quellen beruft, amputierten Mitte Februar Ärzte eines Krankenhauses des Innenministeriums in Khartum einem 30 Jahre alten Mann die rechte Hand und den linken Fuß wegen eines bewaffneten Raubüberfalls auf ein Fahrzeug.

Angeblich mehr als 500 Tote bei Beni Hussein in Norddarfur

Nach Angaben eines Abgeordneten und Angehörigen des arabischen Stammes der Beni Hussein, der mit dem ebenfalls arabischen Stamm der Rezeigat in Norddarfur um die Kontrolle einer Goldmine kämpft (vgl. BN vom 25.02.13), sollen seit Anfang 2013 bei Kämpfen zwischen den beiden Stämmen mehr als 510 Angehörige der Beni Hussein getötet worden sein, darunter viele Frauen und Kinder. Mindestens 865 Menschen seien verletzt worden. Angaben der Rezeigat zu ihren Opferzahlen liegen nicht vor. Amnesty international hatte für Ende Januar 2013 die Zahl der Menschen, die der Gewalt in der Region zum Opfer gefallen waren, auf etwa 200 beziffert.

Nigeria

20 Boko-Haram-Kämpfer getötet

Laut eines Militärsprechers griffen am 03.03.13 mutmaßliche Kämpfer der islamistischen Terrororganisation Boko-Haram im nordöstlichen Bundesstaat Borno in mehreren Geländewägen und auf Motorrädern die Militärkaserne der Stadt Monguno (rund 200 km nördlich von Maiduguri) an. Beim Gefecht wurden 20 der Angreifer getötet.

Keine Friedensgespräche zwischen Boko Haram und Regierung

Am 28.01.13 hatte ein angeblicher Kommandeur der radikal-islamischen Terrororganisation Boko Haram, Sheik Abu Mohammed Ibn Abdulazeez Ibn Idris, im Namen des Boko-Haram-Anführers Abubakar Shekau einen Waffenstillstand der Gruppe erklärt. In Reaktion hierauf erklärte Shekau in einem am 03.03.13 veröffentlichten Video, dass Abdulazeez nicht für ihn gesprochen habe und er sich vollständig von ihm distanzieren. Boko Haram habe nie einen Waffenstillstand angeboten und befinde sich auch nicht in einem Dialog mit der Regierung.

Kamerun/Nigeria

Erpresservideo der Franzosen-Entführer

Nach der Veröffentlichung eines YouTube-Videos, auf dem die entführte französische Familie mit ihren vier Kindern zu sehen ist, hat Frankreich jegliche Verhandlungen mit den Geiselnehmern abgelehnt. Die islamistische Boko-Haram-Gruppe aus Nigeria hatte die Franzosen im Norden Kameruns entführt und nach Nigeria verschleppt. Die Entführer verlangen die Freilassung von inhaftierten Mitgliedern ihrer Gruppe in Kamerun und Nigeria.

Fraglich ist, ob tatsächlich Boko Haram für die Geiselnahme verantwortlich ist, da die Gruppe sich - im Gegensatz zu der vermutlich von Boko Haram abgespaltenen Gruppierung Ansaru - bisher noch nicht zu Entführungen von Ausländern bekannt hat und in ihren Videobotschaften stets ihr Anführer Shekau gesprochen hat. Von daher könnten auch Kriminelle die Franzosen entführt haben, um sie weiterzuverkaufen oder für sie Lösegeld zu fordern.

DR Kongo

Spaltung der M23

Am 27.02.13 wurde der bisherige Präsident der im Nord-Kivu aktiven Rebellen der M23 („Bewegung des 23. März“), Jean-Marie Runiga, vom M23-Militärchef, Sultani Makenga, für abgesetzt erklärt. Runiga wird vor allem eine Zusammenarbeit mit dem vom Internationalen Strafgerichtshof gesuchten früheren Armeegeneral Bosco Ntaganda vorgeworfen.

Ntaganda war ehemals der Militärführer der im Frühjahr 2009 in die Regierungsarmee eingegliederten Tutsi-Rebellenorganisation CNDP („Nationalkongress zur Verteidigung des Volkes“). Als der kongolesische Präsident Kabila im April 2012 dessen Verhaftung androhte, hatte dies zur Desertion von General Ntaganda und weiterer Tutsi-Offiziere sowie zur Gründung der M23 kurz darauf geführt.

Kämpfe innerhalb der M23

In der Nacht zum 01.03.13 kam es zwischen den beiden rivalisierenden Fraktionen der M23 zu mehrstündigen Feuergefechten mit mehreren Toten. Über 4.000 Menschen flohen aus der kongolesischen Grenzstadt Bunagana nach Uganda.

Aus der im Juli 2012 von der M23 eingenommenen Distrikthauptstadt Rutshuru (etwa 100.000 Einwohner) sowie der Nachbarstadt Kiwanja rückten am 28.02.13 die M23-Kämpfer der Fraktion von Makenga ab, um ihre Positionen im Kampf gegen die Runiga/Ntaganda-Fraktion zu verstärken. Unmittelbar hierauf fielen kriminelle Banden und Angehörige verschiedener Milizen in die Städte ein und begannen mit Plünderungen. Daraufhin marschierten Regierungstruppen in der Nacht zum 02.03.12 kampflos in beide Städte ein, um die Bevölkerung zu schützen. Sie gaben die Kontrolle über beide Städte am 03.03.13 wieder an die M23-Fraktion von Makenga zurück, um die Verhandlungen im Anschluss an den „Rahmenvertrag für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit für die Demokratische Republik Kongo“ nicht zu gefährden (am 24.02.13 von elf zentral- und südafrikanischen Staaten geschlossen). Auch sollten Gespräche zwischen den M23-Rebellen und der kongolesischen Regierung, die seit Dezember in Kampala/Uganda geführt werden, nicht beeinträchtigt werden.

Togo

OBUTS-Präsident Kodjo gegen Kautio frei

Der Oppositionsabgeordnete Agbéyomé Messan Kodjo wurde am 25.02.13 gegen Kautio freigelassen. Kodjo, Präsident der Partei OBUTS (Organisation pour Bâtir dans l'Union un Togo Solidaire), war am 16.01.13 festgenommen worden. Staatliche Stellen bringen ihn sowie mindestens 20 weitere festgenommene Oppositionelle in Verbindung mit Bränden, die im Januar zwei Märkte in Lomé und Kara zerstörten. Oppositionsvertreter beurteilten die Festnahmen als politisch motiviert.